

Faktencheck zu fragwürdigen Behauptungen im Abstimmungsbüchlein zum geordneten Atom- ausstieg am 27. November 2016.

Der Bundesrat hat fürs Abstimmungsbüchlein beim Argumentarium der Abstimmungs-
gegner abgeschrieben, statt neutral zu informieren.



am 27. November
zum geordneten
Atomausstieg bis 2029
geordneter-atomausstieg-ja.ch

Behauptung im Abstimmungsbüchlein Seite 5

In der Schweiz gibt es
fünf Kernkraftwerke (KKW).
Sie produzieren rund
40 Prozent des
Schweizer Stroms.

Es gibt vier AKW die Strom produzieren können!
Beznau 1 ist vom Netz und wird wahrscheinlich nie mehr
ans Netz gehen. **Aktuell produzieren sogar nur drei AKW**,
und die bringen nur 52% der Schweizer AKW-Leistung.
Die Schweizer AKW haben 2015 nur 33,5% zur Landes-
produktion beigetragen, 2016 werden es weniger als
30% sein. **Interessanterweise funktioniert alles**, obwohl
48% der Schweizer AKW-Leistung fehlen, weil zwei AKW aus
Altersschwäche ausgefallen sind.



Behauptung im Abstimmungsbüchlein Seite 7

Die Schweiz müsste be-
deutend mehr Strom aus
dem Ausland importieren.
Dieser stammt unter
anderem aus Kohle- und
Kernkraftwerken.

Heute sind wir abhängig vom Ausland! Denn das
Uran der AKW müssen wir importieren; **einheimische Er-
neuerbare machen uns unabhängiger**. AKW-Strom
bleibt Dreckstrom, während die Strommische unserer Nachbar-
länder immer sauberer werden. Und **die Erneuerbaren in
der Schweiz haben schon ein AKW ersetzt** und werden
in wenigen Jahren alle AKW ersetzen. Wenn wir unser
einheimisches Potenzial rasch genug erschliessen, werden
sich unsere Importe nicht erhöhen.



Behauptung im Abstimmungsbüchlein Seite 6

Falls nötig, kann das ENSI
die sofortige Abschaltung
anordnen.

Das ENSI hätte das gewollt! Deshalb hat es die Einführung
eines Langfristbetriebskonzeptes im Kernenergiegesetz
gefordert. **Das Parlament hat aber abgelehnt**. Damit
kann das ENSI wie bisher kein AKW vorsorglich stilllegen,
sondern **muss warten bis es kaputt geht. Das ENSI muss
stauend zuschauen**, wie die Risse im Kernmantel von
Mühleberg immer grösser werden. Auch in Beznau kann das
ENSI den Reaktor trotz der Keramikflakes im spröden Reak-
tordruckbehälter nicht vom Netz nehmen.



Behauptung im Abstimmungsbüchlein Seite 13

Durch massiv mehr
Stromimporte droht eine
Überlastung der Schweizer
Netzinfrastruktur.

In der strategischen Netzplanung der Swissgrid vom 2. April
2015 **wird erstens gezeigt, dass das Abschalten von
Beznau 1 und 2 sowie Mühleberg ohne Probleme zu
bewältigen wäre**. Swissgrid schreibt, dass man Mühleberg
2019 abschalten könne, ohne neue 380 kV Leitung und
ohne neuen 380/220 kV Trafo. Zudem zeigt die Swissgrid
auf, welche dringlichen Netzausbauten bis 2025 so oder so
zu realisieren wären. **Die Schweiz kann bis 2025 das Netz
haben, das sie braucht, damit alle fünf AKWs problem-
los vom Netz gehen können**.



Behauptung im Abstimmungsbüchlein Seite 7

Bei Annahme der Initiative
greift der neue Verfassungs-
artikel sofort:
Drei der fünf KKW müssten
2017 abgeschaltet werden.

Das ist eindeutig falsch! So wenig wie sich die Einwande-
rungsinitiative der SVP von alleine erfüllt, so wenig erfüllt
sich die Ausstiegsinitiative von selbst. Das Departement
von Doris Leuthard muss den betroffenen AKW-Betreibern
eine Sachverfügung schicken. Die **Betreiber können diese
Verfügung anfechten**, zuerst ans UVEK, dann ans Bundes-
verwaltungsgericht, dann ans Bundesgericht. Kommt dazu,
dass nur zwei kleine alte AKW stillgelegt werden müssten.
Beznau 1 ist jetzt schon ganz still.



Behauptung im Abstimmungsbüchlein Seite 13

Die Betreiber könnten
Investitionen nicht amorti-
sieren. Es wurden darum
bereits Entschädigungs-
klagen in Milliardenhöhe
angekündigt.

Schweizer AKW produzieren zu einem viel zu hohen Preis.
Die Gestehungskosten betragen rund das Doppelte des
Marktpreises. Gemäss einer Studie führen Laufzeiten von bis
zu 60 Jahren zu einem **Defizit von 13 bis 14 Milliarden
Franken**. Mit hohen Entschädigungsforderungen lenken
die Betreiber nun davon ab, dass ihre Anlagen nicht
wettbewerbsfähig sind. **Der Weiterbetrieb der AKW
kommt viel teurer zu stehen als der geordnete
Ausstieg**. Diese Rechnung geht zu Lasten der Sicherheit
und der Schweizer Bevölkerung.

